

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

33. Jahrgang.

Nr. 42.

Donnerstag, den 9. April

1891.

Frühjahrs-Kontrol-Versammlung betr.

Die diesjährigen Frühjahrs-Kontrol-Versammlungen im Amtsgerichtsbezirk Eibenstock, zu welchen sämtliche Mannschaften der Reserve, Landwehr 1. Aufgebots, Dispositions-Urlauber, zur Disposition der Ersatz-Behörden Entlassene und Ersatz-Reservisten, mögen diese letzteren geübt haben oder nicht, zu erscheinen haben, werden abgehalten:

1) in Schönheide vor dem Rathhause,

Dienstag, den 14. April 1891, Vormittags 9 Uhr

für die Beurlaubten aus Schönheide, Schönheiderhammer, Neuheide, Ober- und Unterstügingrün.

2) in Eibenstock auf dem Postplatze,

Nachmittags 2 1/2 Uhr

für die Beurlaubten aus Eibenstock,

Nachmittags 4 Uhr

für die Beurlaubten aus Hundshübel, Muldenhammer, Reibhardtsthal, Wolfgrün, Blauenthal, Sosa, Wildenthal und Carlsfeld.

Näheres durch die Ortsbehörden und Anschläge.

Schneeberg, den 28. März 1891.

Königliches Bezirks-Kommando.

Bekanntmachung.

Vom Reichsgesetzblatt auf das Jahr 1891 sind Nr. 7, 8, 9 und 10 erschienen und enthalten unter Nr. 1939: Allerhöchster Erlaß, betreffend die Zu-

theilung der Insel Helgoland in Bezug auf die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens zu dem Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Hamburg; Nr. 1940: Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Mexikos zu der internationalen Meterkonvention; Nr. 1941: Verordnung, betreffend die Einführung von Reichsgesetzen in Helgoland; Nr. 1942: Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1891/92; Nr. 1943: Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsbeeres, der Marine, der Reichseisenbahnen und der Post und Telegraphen; Nr. 1944: Gesetz, betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1890/91; Nr. 1945: Gesetz, betreffend die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika.

Ferner ist vom Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1891 das 4. Stück erschienen und enthält unter Nr. 13: Verordnung, die Aufhebung der Verordnung über die zur Beförderung in das Ausland auf gesandtschaftlichem Wege bestimmten gerichtlichen Schriften betr.; Nr. 14: Bekanntmachung, Abänderung der Postordnung betr.; Nr. 15: Bekanntmachung eines anderweiten Nachtrags zu den Statuten des Verdienstordens; Nr. 16: Verordnung, die Abtretung von Grundeigenthum zur Erbauung der Wollenstein-Böbstädter Eisenbahn betr.

Diese Gesetzblätter liegen zu Jedermanns Einsichtnahme an Rathsstelle aus Eibenstock, den 7. April 1891.

Der Stadtrath.

Dr. Körner.

Wsch.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Durch die Blätter ist jüngst eine Mittheilung über die Befestigung der Insel Helgoland gegangen. Dieselbe bedarf indessen theils der Berichtigung, theils der Ergänzung. Es ist nicht zutreffend, daß zunächst nur eine einfache Batterieanlage geplant ist. Vielmehr ist die Errichtung eines starken Forts beabsichtigt, das den zum Auslandschaften von der deutschen Küste entsandten Schiffen, sowie der Torpedobootflottille einen sicheren Zufluchtsort ankerort geben, zugleich aber auch die allzugroße Annäherung einer feindlichen Flotte an die deutsche Küste verhindern und den Aufmarsch der eigenen Flotte schützen soll. Zu diesem Zwecke sollen die beiden Häfen der Insel, der Nord- und Südhafen, ausgebaut und auf dem Oberlande mehrere Batterien mit Schnellfeuernden, weittragenden Geschützen eingerichtet werden. Auch wird eine mit allen technischen Errungenschaften der Gegenwart ausgerüstete Signalstation angelegt werden. Indessen handelt es sich vorläufig nur um allgemeine Entwürfe, die, von Sachverständigen ausgearbeitet, der sorgfältigen Prüfung seitens des Kaisers unterliegen. Ehe sie in Gestalt einer Vorlage an den Bundesrath u. den Reichstag gelangen werden, dürften sie noch im Einzelnen, vielleicht auch im Allgemeinen, manche Abänderung erfahren. Jedenfalls wird sich der Reichstag damit nicht vor seiner nächsten Tagung zu beschäftigen haben. Ob das Reich die gesammten Kosten hierfür aufzubringen haben, oder ob, wie beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals, Preußen vorweg einen Theil davon übernehmen wird, ist auch noch unentschieden und bleibt weiteren Erwägungen vorbehalten.

— Berlin. Reichskanzler v. Caprivi hat sich beim italienischen Ministerpräsidenten Rudini über dessen jüngste Erklärung beschwert, wonach Italien den Dreibund nur als eine Defensiv-Allianz betrachte. Caprivi ließ durch den Botschafter erklären, daß solche Aeußerungen nur eine Schwächung des Dreibundes bewirken können, während es Aufgabe der Mitglieder desselben sei, denselben zu stärken.

— Fürst Bismarck ist, wie die „N. L. Z.“ hört, Gästen gegenüber, die ihn zum Geburtstag in Friedrichsruh besuchten, auch auf seine Reichstagskandidatur zu sprechen gekommen und hat seine Geneigtheit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen; doch würde er voraussichtlich nur bei besonderen Gelegenheiten, wenn sein persönliches Einwirken ihm von Nutzen erschiene, im Reichstag anwesend zu sein vermögen. Die Nachrichten aus dem Wahlkreise lauten derart, daß die Wahl in hohem Grade wahrscheinlich ist. — Besonders lebhaft be-

schäftigt sich die ausländische Presse mit der Möglichkeit des Eintritts des geschiedenen Kanzlers in den parlamentarischen Kampf. Es seien daher hier einige kurze Bemerkungen der russischen Presse zu dem Gegenstande gestreift. Die „Nowoje Wremja“ erzählt ihren Freunden, die frühere Spannung der Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh sei noch vorhanden, und dieses Verhältnis werde sich nächsten in Folge des den Welfenfonds betreffenden Gesetzentwurfes noch zuspitzen. Der „Grazhdanin“ sieht in der Bewerbung Bismarcks um ein Reichstagsmandat einen Weg offen, auf dem der große Staatsmann wieder in Thätigkeit treten könnte, nämlich als Haupt der Liga deutscher Patrioten im Parlamente, die sich zur Aufgabe gemacht, darüber zu wachen, daß dem Deutschen Reich nicht an seiner Würde u. Größe irgend ein Schaden zugefügt werde. Der Kaiser wäre dann in der Lage, sich die Gedanken und Rathschläge Bismarcks „von Fall zu Fall“ zu Ruhe zu machen, ohne sich irgendwie zu binden. Die Befürchtung, das Wiederauftauchen Bismarcks könne irgendwelche „Neubelebungen“ in der Sphäre internationaler Fragen zur Folge zu haben, sei andererseits ganz grundlos. Vom Einflusse des Fürsten Bismarck ließen sich am allerwenigsten irgendwelche unbedachten und riskanten Schritte und Maßnahmen erwarten. Jegliches kriegerische Gelüste Deutschlands, möge es nun herrühren, woher es wolle, würde unter den jetzigen, ohne Zweifel sehr klaren Umständen ein ungeheurer Paußpaß sein, den Deutschland in seinem eigenen Interesse zu vermeiden habe.

— Wie der „Münch. Allgem. Ztg.“ mitgetheilt wird, hat der Kaiser den diesjährigen Geburtstag des Fürsten Bismarck nicht berücksichtigt. Das bekanntlich zu Friedrichsruh Beziehungen unterhaltende Blatt schreibt: „Zum ersten Male seit dem Jahre 1863 hat Fürst Bismarck seinen Geburtstag ohne den warmen Glückwunsch seines Souverains begangen. Die lapidaren Worte, mit welchen Kaiser Wilhelm I. dem Fürsten zum 70. Geburtstag den unaussprechlichen Dank des preussischen Königshauses und des deutschen Volkes darbrachte, Worte, welche in dem Trinkspruch des Kronprinzen Wilhelm am 1. April 1888 und noch in dem Abschiedslerak vom 20. März v. J. widerklangen, berühren allerdings seiner alljährlichen Wiederholung. Der Tageschronik erübrigt die Pflicht, die Thatsache zu verzeichnen; die Würdigung verbleibt der Geschichte.“

— Anlässlich der Beratungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag ist die Frage der Differenzialzölle wieder in den Vordergrund der Erörterungen getreten. Insbesondere handelt es sich um derartige Zölle für Holz und Getreide. Neuerdings hat sich die Handelskammer in Halberstadt in

einer Eingabe an den Reichskanzler mit Entschiedenheit gegen solche Differenzialzölle ausgesprochen. Andere Handels- u. Gewerbekammern dürften sich dieser Auffassung anschließen. Es liegt indessen kein Anzeichen dafür vor, daß die Reichsregierung gesonnen sei, von der wirklich zweischneidigen Waffe dieser Kampfzölle Gebrauch zu machen. Nur hält sie es mit Recht für zweckmäßig, sie nicht ohne Weiteres aus der Hand zu geben. Insbesondere muß sie sich die Möglichkeit offen lassen, sie Rußland gegenüber nöthigenfalls anzuwenden.

— Rußland. Folgende sensationelle Nachricht geht Berliner Blättern aus St. Petersburg zu: Generalmajor v. Marfinow, Chef der kaiserlichen Stallmeisterei, ist entlassen worden, weil der Czar erfahren hat, daß das für die von ihm an Kaiser Wilhelm verschenkte Troika bestimmte Geschirr, welches 20,000 Rubel gekostet hat, aus unedlem Metall gefertigt wurde.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide. Nachdem gestern, am 7. d. M., früh gegen 6 Uhr in Unterstügingrün eine Mühle in Flammen aufgegangen und niedergebrannt war, erlöste Abends in der ersten Stunde hier abermals Feuerlärm. Es brannte die Hrn. Baumeister Unger gehörige, in der Ziegenleithe (an der Bahnhofstraße) gelegene Dampfbrettmühle vollständig nieder. Ein großer Theil der Vorräthe ist hierbei von den Flammen mit verzehrt worden. Die Entstehungsurfachen beider Feuer sind unbekannt.

— Dresden. Bezüglich der Frage wegen Aufbesserung der Beamtengehälter schreiben die „Dr. Nachr.“: Mit Bezug auf die gebrachte Notiz über die bevorstehende Regelung der Gehälter der Staatsbeamten sind uns eine große Anzahl von Zuschriften zugegangen, welche zum Theil die weitgehendsten Hoffnungen und Wünsche bekunden. Thatsächlich hat die Angelegenheit noch nicht eine so bestimmte Gestaltung angenommen, wie es nach jener Notiz schien; vielmehr schweben, wie von berufenster Seite mitgetheilt wird, noch die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ministerien. In keinem Falle ist aber eine prozentuale Aufbesserung der verschiedenen Beamtentlassen in Aussicht genommen, da eine solche nach den Etatsberatungen im vorigen Landtag durchaus unangemessen sei. Die in Aussicht genommene Regelung wird sich in erster Linie mit einer Ausgleichung der bestehenden Unbilligkeiten in den Gehaltsklassen befassen.

— Von Zwickau wird uns berichtet: Unsere 45,000 Einwohner zählende Stadt nimmt gegenwärtig einen Anlauf, sich in nie geahnter Weise zu entwickeln. Ist Zwickau schon in Anbetracht als